Problemarchitekten und Bearbeitungsmanager - Zur Konstruktion des Problemgegenstands in der pädagogischen Prävention von Rechtsextremismus und Islamismus

Frank Greuel & Katja Schau
[Forum Gemeindepsychologie, Jg. 22 (2017), Ausgabe 1]

Zusammenfassung

"Rechtsextremismus" bzw. "demokratiefeindlicher und gewaltorientierter Islamismus" sind weitgehend akzeptierte soziale Probleme. Sie wurden und werden u.a. in unterschiedlichen pädagogisch ausgerichteten Bundesprogrammen bearbeitet, was darauf hinweist, dass zumindest demokratiefeindliche und gewaltorientierte Aspekte als problematisch wahrgenommen werden und (sozial-)pädagogische Mittel in der präventiven Arbeit als angemessen gelten. Zugleich wird bei genauerer Betrachtung des "doing social problems" sichtbar, dass unterschiedliche Akteure im präventiv-pädagogischen Arbeitsfeld (vor Ort) je unterschiedliche Konkretisierungen und Übersetzungen vornehmen. Im Mittelpunkt des folgenden Beitrags stehen drei Gruppen von professionellen Akteuren, die für die präventive Bearbeitung von "Rechtsextremismus" bzw. "demokratiefeindlichem und gewaltorientiertem Islamismus" eine wichtige Rolle spielen. Es kann gezeigt werden, dass bei diesen als "Problemarchitekten und Bearbeitungsmanager" Agierenden die Definition von Problemen und Problemträgern unterschiedlich sind.

Schlüsselwörter: Soziale Probleme, Rechtsextremismus, Islamismus, doing social problems, Prävention, Problemdefinition

Summary

Social Workers as Constructors and Managers of Social Problems - Prevention of Right-wing Extremism and Anti-democratic and Violence-oriented Islamism

"Right-wing extremism" or "anti-democratic and violence-oriented Islamism" are widely accepted social problems. The preventive work against these phenomena is at the centre of various educationally oriented federal programs. This indicates that at least anti-democratic and violence-oriented aspects are perceived as problematic and that (social) pedagogic approaches are considered appropriate for preventive work. At the same time, a closer look from the perspective of "doing social problems" reveals that different actors in the preventive-pedagogical field concretize and translate the phenomena in different ways. This article focuses on three groups of professional actors, who are important for the preventive treatment of "right-wing extremism" and "anti-democratic and violence-oriented Islamism". It will be shown that these actors operate as "problem architects and processing managers" and define problems and recipients differently.

Key words: social problems, right-wing extremism, Islamism, doing social problems, prevention, problem definition

Dass soziale Probleme keine feststehenden Phänomene sind, sondern gesellschaftlichen Wandlungen unterliegen und als "problematisch" konstruiert sind, ist in soziologischen und (sozial-)pädagogischen Fachdebatten gemeinhin geteiltes Wissen (Groenemeyer, 2001; Schetsche, 2008; Groenemeyer, 2010; Seckinger, 2010). Für den gesellschaftlichen Umgang ist die Einsicht in den Konstruktionscharakter sozialer

Probleme insofern folgenreich, als dass die Gegenstände, auf die sich mögliche Interventionen beziehen, nunmehr nicht mehr als allgemeingültig definierbar und immer konstant gelten können. Ganz im Gegenteil werden sie unschärfer und in ihrem problematischen Gehalt relativiert. Relevant ist dies insbesondere für Akteure, die für die professionelle Lösung spezifischer Probleme "zuständig" sind, da sich hier die Herausforderung der "Klärung des Problems" arbeitsalltäglich stellt. Gleichzeitig handelt es sich um Akteure, die genau dadurch, dass sie sich mit den jeweiligen Phänomenen professionell auseinandersetzen, an der Konstruktion der sozialen Probleme und ihrer Anerkennung als solche mitwirken. Sie sind damit, zugespitzt formuliert, Problemarchitekten und Bearbeitungsmanager zugleich. In der präventiven Auseinandersetzung, zeigt sich der Konstruktionscharakter der behandelten Phänomene "Rechtsextremismus" und "demokratiefeindlicher und gewaltorientierter Islamismus" insofern deutlich, als sich bei unterschiedlichen Akteuren verschiedene Definitionen von Problemen und Problemträgern ausmachen lassen.[1] Diesen Unterschieden möchte sich der Beitrag systematisch annähern. Dabei wird eine akteursbezogene Perspektive auf die Präventionslandschaft entwickelt und mit Blick auf die je verschiedenen Akteure bzw. Akteursgruppen werden die differenten Präventionslogiken spezifiziert. Basis des Beitrags sind empirische Befunde aus der langjährigen wissenschaftlichen Begleitung der Bundesprogramme des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zur pädagogischen Prävention der Phänomene "Rechtsextremismus" und "demokratiefeindlicher und gewaltorientierter Islamismus"[2]. In diesem normativ aufgeladenen Feld politischer Einstellungen sollen u.a. durch Modellprojekte[3] extremen menschenfeindlichen, demokratiefeindlichen und gewaltorientierten Einstellungen und Handlungen entgegengetreten und angemessene Präventionsstrategien erprobt werden. Gearbeitet wird in pädagogischen Settings v.a. mit Kindern und Jugendlichen.

1. Zur präventiven Rahmung der Arbeitsfelder

Die hier betrachteten Handlungsfelder sind durch einen präventiven Zuschnitt ausgezeichnet und folgen der Grundlogik, bestimmte negative, zukünftige Zustände durch gegensteuerndes Handeln zu vermeiden. Damit liegt Prävention *erstens* die Konstruktion eines sozialen Problems bzw. einer möglichen Fehlentwicklung zu Grunde. Vorstellungen von gesellschaftlicher Normalität werden zum absoluten Maßstab und bezogen auf Abweichungen von dieser Normalität eine Handlungsbedürftigkeit ausgemacht. *Zweitens* ist Prävention grundsätzlich von einem Optimismus getragen, der meint, dass "Prävention besser als Heilung" ist. Entsprechend gilt Prävention als fachlich angemessener und nachhaltiger als spätere Interventionen angesichts akuter Problemausprägungen. So verwundert die Feststellung von Karin Böllert nicht, dass Prävention eine "Zauberformel" (Böllert, 1995, S. 107) sei, die auch legitimierende Funktion hat, weil es ethisch und moralisch nicht vertretbar scheint, angesichts ausgemachter Gefährdungen einfach abzuwarten. Der Präventionsoptimismus bringt (mit erstaunlicher Dynamik) eine Präventionspraxis hervor, in der teils kaum über die wahrgenommenen Dringlichkeiten und inhärenten Normativitäten fachlich reflektiert wird. Häufig fehlt ebenfalls ein wissenschaftlich abgesichertes Basiswissen, denn es existieren "weder systematische Theoriedebatten noch nennenswerte Forschung darüber, was die Bedingungen, Strukturen und inneren Logiken von Prävention im pädagogischen Feldern ausmacht" (Lüders, 2011, S. 3), so dass Ansprüche von fachlich geleiteter pädagogischer Prävention schwer einzulösen sind. Dennoch oder vielleicht auch gerade deswegen lässt sich beobachten, dass sich viele Beteiligte in der Präventionslandschaft auf die Formel "Prävention" einigen können, allerdings ohne dass dem ein tieferer Konsens vorausgeht. Gerade die Unschärfe des Vorfelds des Problems[4], der Handlungsoptimismus und eine symbolisch demonstrierte Problembearbeitungskompetenz[5] scheinen die Perspektivunterschiede der Beteiligten mit Blick auf ihre konkreten Präventionsverständnisse zu verdecken. Am Konstruktionsprozess des zu verhindernden Problems und der pädagogischen Lösung beteiligen sich dabei unterschiedliche deutungsmächtige Akteure aus verschiedenen institutionellen Kontexten: Unterschieden werden im Folgenden "Politik", "Projektträger" sowie "Kooperationspartner" der Projektträger. Die Sphäre der Politik agiert hierbei in einer impulsgebenden und finanzierenden Rolle. Bezogen auf die Bundesprogramme, die hier im Mittelpunkt stehen, formuliert das BMFSFJ in sogenannten Leitlinien Präventionsbedarfe und -aufträge (BMFSFJ, 2014).[6] Zivilgesellschaftliche

Projektträger von Modellprojekten nehmen diese auf und agieren als ausführende Institutionen. Hier bestehen letztlich wechselseitige Abhängigkeitsverhältnisse: Während die Träger an den finanziellen Zuwendungen interessiert sind und wirtschaftlich von der Bewilligung der eigenen Präventionskonzepte abhängen, ist die Politik auf die zivilgesellschaftlichen Träger als ausführende Instanzen angewiesen. In den von der Politik formulierten Leitlinien werden lediglich grobe Präventionsgegenstände benannt und Korridore der legitimen Bearbeitung beschrieben. Damit ist der Spielraum für mögliche Problemkonstruktionen und deren Bearbeitung für die pädagogischen Träger relativ weit und die umsetzenden Projektträger haben die Möglichkeit, die zu bearbeitenden präventiven Gegenstände wie auch Bearbeitungsweisen (auch entlang von Trägertraditionen) zu modifizieren sowie in lokale Kontexte zu übersetzen. Als zugangserschließende Institution zu Zielgruppen erhalten mitunter auch Kooperationspartner der Projekte eine Schlüsselrolle in der Problemkonstruktion und -bearbeitung, denn sie fungieren häufig als "Türöffner" zur Adressatengruppe. Die Projektträger sind in diesen Fällen stark von den Kooperationspartnern abhängig und müssen diese von ihren pädagogischen (Präventions-)Konzepten überzeugen, was am ehesten gelingt, wenn die zugrundeliegende Problemsicht und die Bearbeitungsformen in hohem Maße übereinstimmen. Deutlich wird, dass sich die Projektträger in gewisser Weise in einer "Sandwichposition" zwischen Geldgeber und kooperierenden pädagogischen Regelstrukturen befinden und ihre Problemsichten und -lösungen an beide Akteurssphären als anschlussfähig erweisen müssen.

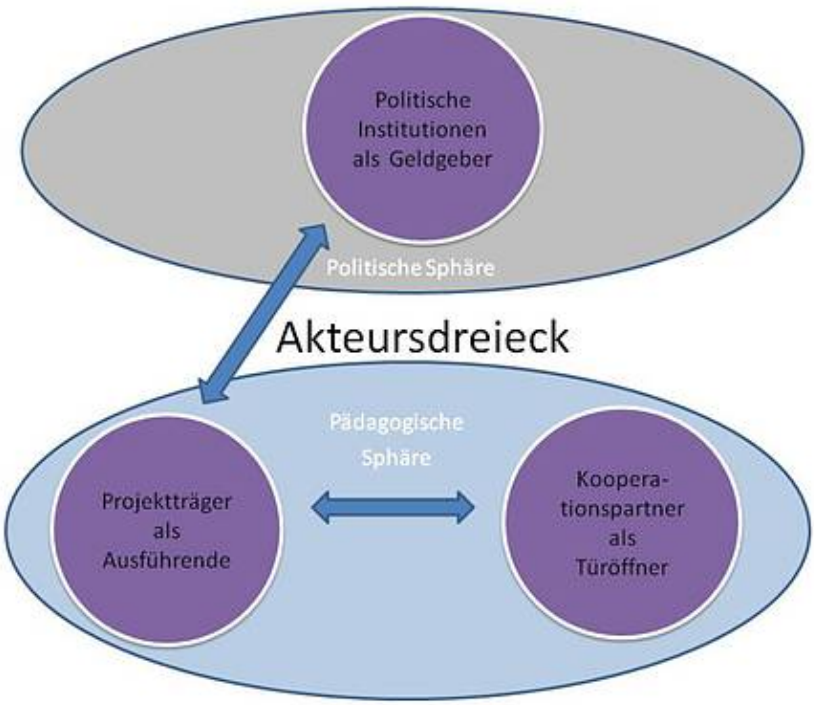

Abbildung 1: programmbezogenes Akteursdreieck

Um verschiedene Problemkonstruktionen und Bearbeitungslogiken sichtbar zu machen, sollen entlang dieser drei Akteursgruppen die je unterschiedlichen Präventionsgegenstände und Problemträger betrachtet werden. Leitend sind dabei zwei Fragestellungen[7], die wir nacheinander betrachten werden:

- Was wird als präventionsbedürftig konstruiert? Welche Phänomene sollen vermieden oder eingehegt werden?
- Wer wird als präventionsbedürftig wahrgenommen? Mit welchen Zielgruppen soll (legitimerweise) gearbeitet werden?

2. Was wird als präventionsbedürftig konstruiert? Welche Phänomene sollen vermieden oder eingehegt werden?

Im Folgenden wird zunächst der Frage nachgegangen, welche Phänomene bzw. sozialen Probleme von den genannten Akteuren als problematisch und bearbeitungsbedürftig herausgestellt werden. Mit Blick auf das BMFSFJ als politische Institution, die Förderprogramme auflegt und damit Impulse in das bearbeitende pädagogische Feld gibt, sind insbesondere in historischer Perspektive Schwerpunktverschiebungen sichtbar. Diese verdeutlichen, dass der Gegenstand dessen, was als präventionsbedürftig gilt, konstruiert wird und letztlich auch politischen Konjunkturen unterliegt. Das Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus und Gewalt (AGAG) (1992 - 1996) fokussierte v.a. auf das Phänomen jugendlicher rechtsextremer Gewalt. Demgegenüber sollten die Programme "Civitas" und "entimon" (2001 - 2006) v.a. der Stärkung von (demokratischen) Gegenkulturen dienen und demokratische Strukturen und Haltungen unterstützen. Damit verlagerte sich die Bearbeitung zum einen deutlich in das präventive Vorfeld bzw. gewann sie stärker fördernden Charakter, während präventive Gehalte tendenziell abschmolzen. Zum anderen gerieten in stärkerem Maße nicht-jugendliche Zielgruppen in den Blick. Seit den Programmen "Vielfalt tut gut" (2007 - 2011) und noch verstärkt im Programm "TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN" (2012-2014) enthielten die Bundesprogramme verschiedene Handlungsstrategien des Umgangs mit Rechtsextremismus, die neben der Modellprojektförderung auch lokal angebundene Instanzen zur Demokratiestärkung wie auch regional verortete Akteure zur Krisenintervention bei akuten rechtsextremen Vorfällen unterstützen. Über die Programme hinweg lässt sich dabei eine fortwährende Ausdifferenzierung und Spezialisierung feststellen. Lange Zeit war die Prävention von Rechtsextremismus der ausschließliche Zweck und Inhalt der Bundesprogramme. Inzwischen - mit der Auflage des Programms "Demokratie leben!" (seit 2015) - sind mehrere Neujustierungen vorgenommen worden, die auch den hier betrachteten Bereich der Modellprojekte unmittelbar berühren. Mit Blick auf das Phänomen Rechtsextremismus erfolgte eine phänomenologische Ergänzung des Problemfeldes um das Konstrukt der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF), d.h. um Formen von "Abwertung" über "Abwehr" und "Diskriminierung" bis zu "Ausgrenzungen von einzelnen Menschen allein schon aufgrund von faktischer, vermuteter oder zugeschriebener Gruppenzugehörigkeit" (Heitmeyer, 2002, S. 15). Dabei wird durch die Programmstruktur eine entkoppelte Bearbeitung beider Phänomene nahegelegt. Über die Phänomene Rechtsextremismus/einzelne Phänomene von GMF hinaus wurden parallel zum Programm "TOLERANZ FÖRDERN _ KOMPETENZ STÄRKEN" zwei neue Problembereiche definiert und im Programm "INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN" (2010-2014) bearbeitet. Es sollte nunmehr auch eine präventive Auseinandersetzung mit Linksextremismus und islamistischem Extremismus stattfinden. Diese beiden Arbeitsfelder wurden nun im aktuellen Bundesprogramm "Demokratie leben!" (2015-2019) v.a. innerhalb der Modellprojektförderung integriert. Dabei erfuhren die beiden Problembeschreibungen nicht zufällig inhaltliche Spezifizierungen: "Linke Militanz" wurde in Reaktion auf Akzeptanzprobleme im Arbeitsfeld fokussiert, während die politisch-ideologischen Aspekte in der aktuellen Phänomenbezeichnung "demokratiefeindlichen und gewaltorientierten Islamismus" v.a. Uneindeutigkeiten entgegenwirken sollten. Im Rahmen der Förderung als Modellprojekte bilden die in den Leitlinien fixierten unterschiedlichen Phänomene die Bezugspunkte für die Projektvorhaben. Wie bereits angedeutet, nutzen die Träger dabei jedoch Spielräume und eignen sich die präventiven Gegenstände ggf. auch durch Modifikationen an. So ließ sich in den Vorgängerprogrammen im Bereich Prävention von Rechtsextremismus in der Vergangenheit lange Zeit beobachten, dass der Präventionsgegenstand Rechtsextremismus von den zivilgesellschaftlichen Trägern tendenziell aufgeweicht wurde und eher ethnisch definierte Vorurteile problematisiert wurden bzw. sich auf das gmf-Konzept bezogen wurde. Letztlich bildeten damit weniger politische Haltungen im Sinne von Rechtsextremismus als Vorurteile gegenüber anderen Gruppen die präventiven Bezugspunkte vieler Projekte. Inzwischen besteht hier durch die Veränderung der Programmrhetorik im aktuellen Bundesprogramm wieder eine stärkere Übereinstimmung

zwischen dem Programmgeber und den umsetzenden Projektträgern. Dennoch zeigen sich auch hier mitunter Weitungen des präventiven Gegenstandes, wenn etwa wie im folgenden Beispiel einer Projektkonzeption Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als Facetten der gleichen Problematik begriffen werden und undifferenziert deren Legalität und Legitimität bestritten werden.

> "In [einer Großstadt] spielt bei der Auseinandersetzung um die Errichtung von Flüchtlingsheimen die Initiative "Pro NRW" eine besondere Rolle. Anhand dieses Beispiels wollen wir die Rolle von Positionen, die zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus changieren, in den Blick nehmen und Gegenaktivitäten entwickeln, die auf diese *vermeintlich legalen und legitimen Orientierungsangebote* insbesondere auch für Jugendliche reagieren." (Projekt A1, Hervorhebung Autoren)

Eine Ausweitung des präventiven Gegenstandes durch die Projektträger ist im aktuellen Programm auch in Bezug auf die Problembearbeitung im Feld Islamismus zu beobachten. Hier wird neben Islamismus durch die Projekte häufig auch "Islamfeindlichkeit" problematisiert und mit bearbeitet. Die Ausweitung des Präventionsgegenstands wird dadurch legitimiert, dass Islamismus als Problem identifiziert wird, was zentral mit einer von der Mehrheitsgesellschaft ausgehenden Islamfeindlichkeit zusammenhänge. Letztlich seien die auf Islamfeindlichkeit zurückzuführenden Ausgrenzungsprozesse eine mögliche Ursache für Islamismus bzw. böten eine wesentliche Mobilisierungsmöglichkeit durch Islamistinnen und Islamisten. Das folgende Zitat steht beispielhaft für diese Ursachenzuschreibung.

> "Und noch etwas spielt bei der Attraktivität des Salafismus für junge Menschen eine wichtige Rolle: die Möglichkeit, gegen gefühlte und erfahrene Ohnmacht, Ungerechtigkeit und Diskriminierung protestieren und sich für eine vermeintlich gerechte Sache einsetzen zu können. Denn das ist ein *Hauptbestandteil salafistischer Propaganda: bestehende Diskriminierungen von Musliminnen und Muslimen zuzuspitzen und diese ideologisch zu instrumentalisieren.* So suggeriert der Kölner Pierre Vogel, der nächste "Holocaust" drohe den Musliminnen und Muslimen. Er schloss die Aufforderung an, die Musliminnen und Muslime müssten sich gegen eine ihnen feindlich gesinnte Umwelt in ihrem Glauben eng zusammenschließen." (Projekt B1, Hervorhebung Autoren)

Für das präventive Agieren der Projekte ist diese Sicht folgenreich, da hier mitunter eine programmatische Verschiebung stattfindet. In einem mit Projektmitarbeitenden geführten Interview wurde ganz in diesem Sinne die Forderung geäußert: "Wer über Islamismus reden will, darf über Islamfeindlichkeit nicht schweigen" (Projekt B1).[8] Solche Modifikationen, die in den Arbeitsfeldern Prävention von Rechtsextremismus und Islamismus beobachtbar sind, setzen voraus, dass sich die Projektträger grundsätzlich mit den in den Leitlinien ausgegebenen präventiven Zielen bzw. den zugrundeliegenden Problematisierungen von Phänomenen identifizieren können. Dass dies keineswegs selbstverständlich ist, zeigt sich im Themenbereich "Linke Militanz". Zwar fanden im Vorgängerprogramm "INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN" auch Umdeutungs- und Modifikationsprozesse statt, die analog zu den hier für die Bereiche Rechtsextremismus und Islamismus beschriebenen verliefen. Aber der größte Teil des (potentiell) bearbeitenden Praxisfeldes teilte die dem ersten Programm zugrundeliegende Problemkonstruktion von "Linksextremismus" nicht (vgl. Dreier, Erhard & Leistner, 2015). Im aktuellen Programm haben sich die Akzeptanzprobleme offenbar noch verstärkt, denn es gibt kaum Projektträger, die bereit sind, sich überhaupt auf die in den Leitlinien formulierten Anforderungen einzulassen.[9] Hier zeigt sich letztlich auch die Abhängigkeit der politischen Sphäre von den ausführenden Projektträgern. Wenn es keine Träger gibt, die umsetzungsbereit sind, dann findet die Präventionsarbeit nicht statt, auch wenn sie politisch erwünscht ist. Neben der Politik und den

zivilgesellschaftlichen Trägern haben als dritte Akteursgruppe auch die Kooperationspartner der Projekte am Problematisierungsdiskurs teil und definieren das Normale und zu bearbeitende Abweichende. Essentiell sind sie für Projekte, insbesondere dann, wenn sie den Zugang zu Zielgruppen herstellen. Häufig handelt es sich bei der Projektumsetzung dabei um Schulen, die den Zugang zur Schülerschaft ermöglichen. Als Kooperationspartner bringen sie häufig eigene Problemsichten ein, die mitunter in Konkurrenz zu denen der ausführungsmächtigen Projekte stehen. Dissens besteht i.d.R. über die Problembelastung in den jeweiligen Institutionen und über Bearbeitungsdringlichkeiten. In Fällen konkurrierender Problemsichten kommt es dazu, dass Kooperationspartner und Projekte miteinander über den präventiven Zuschnitt in Aushandlungen treten und die Projekte ihre ursprünglichen Vorhaben modifizieren müssen, um eine Zusammenarbeit zu ermöglichen. Dabei kann es auch zu inhaltlich sonderbar anmutenden Kooperationen zwischen Akteuren mit unterschiedlichsten Problematisierungen kommen. Im folgenden Interviewzitat wird eine solche Konstellation geschildert. Im Projekt wird zu den Themen Identität und Werte im schulischen Kontext präventiv mit Kindern und Jugendlichen gearbeitet, um diese vor sozialräumlich bestehenden Gefährdungen rechtsextremer Radikalisierung zu schützen. Die zugrundeliegende Problematisierung wird - so die Projekterfahrung - jedoch kaum von den Lehrkräften geteilt. Dennoch erweisen sich die Themen Identität und Werte, zu denen das Projekt arbeitet, also gewissermaßen die präventiv wirksamen Mittel des Projekts, als anschlussfähig an die Problemsicht der Lehrkräfte. Diese haben zwar kein Problem mit der Anwesenheit rechtsextremer Eltern an der Schule, beklagen dafür aber einen gesellschaftlichen Werteverfall, dem das Projekt zumindest in der Schülerschaft entgegenwirken soll. Auf dieser Basis kommt es schließlich dazu, dass das Projekt an der Schule tätig werden kann:

> "*Natürlich würden jetzt die wenigsten Lehrer sagen*, ja, wir haben ein ganz starkes Problem (mit Rechtsextremismus, Anm. d. V.), oder die wenigsten Schulleiter würden es tatsächlich thematisieren [...] *aber Werte und Identität finden sie alle wichtig*. Und sie betonen auch immer, dass das mit der heutigen Zeit auch doll zu tun hat, also dass sie sagen Werteverfall. Weil es halt im Elternhaus oft vernachlässigt wird, vielfach vernachlässigt wird. ... So, wir wurden noch dazu erzogen, Guten Tag zu sagen, so allgemeine Umgangsformen, Höflichkeit, Freundlichkeit, Respekt, also jedem gegenüber Respekt, so diese ganz normalen Umgangsformen, dass das einfach so stark zurückgegangen ist." (Projekt A2, Hervorhebung Autoren)

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die betrachteten Akteure teilweise verschiedene und mitunter auch konkurrierende Vorstellungen darüber haben, was als präventionsbedürftig gilt, d.h. welche konkreten Phänomene bzw. sozialen Probleme vermieden oder eingehegt werden sollen. Dies verweist deutlich auf den Konstruktionscharakter der Phänomene, wobei u.a. normative Haltungen für die Konstruktion entscheidend zu sein scheinen. In einem zweiten Schritt soll diese phänomenfokussierte Darstellung durch eine Betrachtung ergänzt werden, die in den Mittelpunkt rückt, welche Zielgruppen von den jeweiligen Akteuren bei der Problembearbeitung in den Blick genommen werden, d.h. wer als (potentieller) Problemträger gilt.

3. Wer wird als präventionsbedürftig wahrgenommen? Mit welchen Zielgruppen soll (legitimerweise) gearbeitet werden?

Auch mit Blick auf die Bestimmung möglicher präventionsbedürftiger Zielgruppen verweist die Betrachtung der Arbeitsfelder auf den Konstruktionscharakter sozialer Probleme. Der Idealfall, nämlich eine Bestimmung der Zielgruppen bzw. (potentiellen) Problemträgerinnen und -träger entlang von wissen(schaft-)sbasierten

Gefährdungs- und Radikalisierungsannahmen, lässt sich nicht immer beobachten. Bevor hierauf näher eingegangen wird, ist darauf hinzuweisen, dass die Zielgruppenbestimmung zunächst davon abhängt, welche Form von Prävention den Aktivitäten zugrunde liegt bzw. wie weit im Vorfeld die Projekte ansetzen. Dabei arbeiten sie - in einer Trichterlogik - umso spezifischer, je mehr das Zielgruppenspektrum auf real gefährdete und bereits radikalisierte Personengruppen eingegrenzt wird.[10] Richten Präventionsakteure ihr präventives Vorgaben v.a. auf Zielgruppen aus, die keine individuelle, aber eine allgemeingültige Gefährdung aufweisen, wird dies als Universalprävention gefasst. Arbeiten Präventionsakteure v.a. mit Zielgruppen, die konkrete Gefährdungen aufweisen und setzen an diesen Gefährdungsmomenten systematisch in der präventiven Arbeit an, dann wird dies als selektive Prävention klassifiziert. Fokussieren sich Präventionsangebote auf Zielgruppen, die erste Problemausprägungen zeigen, dann wird dies wiederum als indizierte Prävention kategorisiert. Im Unterschied zur selektiven Prävention stehen hier Zielgruppen im Mittelpunkt, die entweder bereits mit radikalen Ideologien und Gruppierungen sympathisieren oder erste ideologische Elemente übernommen haben. Den Ausgangsrahmen im Präventionsprogramm "Demokratie leben!" steckt (wie beschrieben) als politischer Akteur das BMFSFJ ab. Dabei nimmt es zwei elementare Fokusfestlegungen vor: Aufgrund der Anlehnung des Präventionsprogramms an den Kinder-Jugendplan des Bundes (BMFSFJ 2016) soll sich die Präventionsarbeit auf junge Heranwachsende und ihr sozialisationsrelevantes Umfeld fokussieren. Damit werden ältere Erwachsene nicht eigenständig als Zielgruppe mit Radikalisierungs-Problemlagen adressiert. Die Arbeit mit ihnen kann aber mit ihrem sozialisatorischen Einfluss auf junge Heranwachsende legitimiert werden. Darüber hinaus grenzt sich das Programm von der regelhaft geförderten lokalen Praxis der Kinder- und Jugendhilfe insofern ab, als ihm lediglich anregende Funktionen zukommen (dürfen). Das Ministerium identifiziert fachliche Bedarfe in der regelhaft geförderten lokalen Praxis der Kinder- und Jugendhilfe, um nach § 83 SGB VIII der föderalen Ordnung zu entsprechen. Es hat in diesem Sinne für beide Handlungsfelder, Rechtsextremismus und Islamismus, eine Arbeit im selektiv-präventiven und indiziert-präventiven Bereich forciert. In den Leitlinien heißt es entsprechend, "neue und innovative Zugänge zu jungen Menschen mit Affinitäten zu [entsprechenden] Ideologien und Akteuren zu erschließen und Ansätze der pädagogischen Arbeit mit den genannten Jugendlichen und jungen Erwachsenen gezielt (weiter-)zu entwickeln" (BMFSFJ, 2014, S. 5). Als Zielgruppencharakteristikum wird hier das Element von Ideologie- und Gruppen-"Affinität" eingeführt, der v.a. an den in der Fachwelt bestehenden Terminus "rechtsextrem affin" anschließt. Eingeschlossen sind demnach zum einen Personen, die bereits erste problematische ideologische Haltungen ausgeprägt haben, ohne dass jedoch umfassende Weltbilder verinnerlicht sind (indizierte Prävention). Zum anderen gelten solche Personen als affin, die spezifische Risikokonstellationen aufweisen (selektive Prävention), etwa weil sie sich "im Umfeld rechtsextrem orientierter Cliquen, Szenen und organisatorischer Zusammenhänge, ggf. aber auch in entsprechenden familiären, verwandtschaftlichen, sozialräumlichen und virtuellen Kontexten bewegen und bei denen zu vermuten ist, dass die dort vertretenen politischen Haltungen sowie die mit ihnen verbundenen Zusammenschlüsse Anziehungskraft auf sie ausüben" (Möller & Schuhmacher, 2014, S. 18). Damit wird die Arbeit mit Zielgruppen, die keine individuelle, aber eine allgemeingültige Gefährdung aufweisen, eher zurückgestellt, zu Gunsten spezifischerer Präventionsangebote. Die Modellprojekte als pädagogische Umsetzende eignen sich diese Programmvorgaben an und (re-)interpretieren den Terminus "Menschen mit Affinitäten" zu entsprechenden rechtsextremen und islamistischen Ideologien und Akteuren eigenständig. Sie formulieren in beiden Themenfeldern unterschiedliche Gefährdungs- und Radikalisierungsannahmen. Im Handlungsfeld Rechtsextremismus werden die Zielgruppenbestimmungen zum Teil tendenziell ausgeweitet und eher globale Gefahren benannt, rechtsextrem zu werden. Damit verschiebt sich die Präventionspraxis mitunter ins Vorfeld von Radikalisierungsprozessen, hin zu universeller Prävention. Im Handlungsfeld der Islamismusprävention dominieren Modellprojekte, die bei ihren Zielgruppen keine dezidierte Gefährdung für islamistische Radikalisierungsprozesse ausmachen und plausibilisieren. Auch wenn in den Problembeschreibungen der Projekte teilweise übergreifende Gefährdungsannahmen (muslimische Religionszugehörigkeit und Ausgrenzungserfahrungen) formuliert werden, so sind diese stark simplifiziert und treffen im Wesentlichen auf die überwiegende Mehrzahl muslimisch sozialisierter Jugendlicher zu.[11] Entsprechend lässt sich (häufiger) eine Ausweitung des Präventionsspektrums in den Bereich der universellen Prävention beobachten. Seltener werden Präventionsvorhaben in diesem Handlungsfeld entlang von konkreten

sozialräumlichen Gefährdungskonstellationen geplant und beispielsweise Personen adressiert, die im direkten Umfeld oder gar in Kontakt zu sicherheitsrelevanten Gefährdern stehen. Darüber prägen verstehende Perspektiven auf Radikalisierungs- und Hinwendungsprozesse von Zielgruppen das Handlungsfeld. Dies verdeutlicht der folgende Interviewausschnitt:

> "So lässt sich der Salafismus in Deutschland nicht auf theologische Aspekte beschränken, sondern ist letztlich auch Ausdruck von Fragen und Konflikten, denen sich Jugendliche im Migrationskontext gegenüber sehen. Umso wichtiger ist es, Jugendliche in ihren Bemühungen zu stärken, eigene Zugänge zu Religion und Identität zu entwickeln." (Projekt B1)

In diesem Projekt, aber auch übergreifend in dem Handlungsfeld werden Jugendliche, die affin zu islamistischen und hier salafistischen Ideologien und Gruppen sind, nicht nur als die gesehen, die Probleme mache, sondern auch als junge Menschen, die Probleme haben. Präventionsbedürftigkeit wird damit nicht auf individuelle Fehlentwicklung verengt. Vielmehr prägt eine Weitung des präventiven Blicks das Handlungsfeld, der auch unbefriedigende Lebensbedingungen und gesellschaftliche Konfliktfelder anerkennt. Die pädagogischen Kooperationspartner, die vielfach Zugang zu den Zielgruppen herstellen, bringen ebenso ihre Perspektive auf die angestrebten Zielgruppen ein. Im Handlungsfeld der Islamismusprävention sind folgende zwei Kooperationskonstellationen typisch. Bei Schulen lassen sich teilweise Problemwahrnehmungen identifizieren, die von Verunsicherung getragen sind.[12] Und so berichten viele Projekte, dass (aufgrund mangelnder eigener Einordnungskompetenzen) provozierende oder stark hinterfragende muslimische Jugendliche teilweise vorschnell als radikalisierungsgefährdet oder demokratiefeindlich eingeschätzt und präventionsbezogene Handlungsbedarfe ausgemacht werden. Die schulischen Kooperationspartner eröffnen meist schnell Zielgruppenzugänge, die geförderten Modellprojekte müssen nach ihrer Ansicht jedoch teilweise versachlichend und differenzierend auf die Problemwahrnehmung der pädagogischen Fachkräfte einwirken. Im Gegensatz dazu agieren islamische Organisationen als Kooperationspartner vielfach entproblematisierend, indem sie defizitorientierte Perspektiven auf "eigene" Jugendliche ablehnen und die Heranwachsenden im Gegensatz zu Projekteinschätzungen als weitgehend unproblematisch wahrnehmen (Schau, 2016). In dieser Konstellation differenter Problemsichten wird teilweise kein Zugang zu den in den Gemeinden organisierten jungen Heranwachsenden ermöglicht bzw. braucht die Öffnung für Präventionsprojekte und -Perspektiven viel Geduld und Fingerspitzengefühl in der Vermittlung. In dieser Beschreibung wird deutlich, dass zwischen den Akteuren teilweise verschiedene Verständnisse darüber verbreitet sind, mit welchen (potentiellen) Problemträgern gearbeitet werden sollte. Es zeigen sich kontrollierende und korrigierende, aber auch bestärkende Aushandlungen über zielgruppenbezogene Präventionsbedürftigkeit. Leitend bei der Bestimmung von Zielgruppen sind dabei u.E. nicht zuletzt gewisse Bearbeitungstraditionen bei den Projektträgern, die bis auf wenige Ausnahmen bereits über Vorerfahrungen in der präventiven Arbeit verfügen. Neben einem bereits in der Vergangenheit realisierten Handlungsansatz existieren zudem häufig schon Zugänge zur Zielgruppe und zu Kooperationspartnern, was weitere Bearbeitungspraxen vorstrukturiert. Es scheint also wahrscheinlich, dass entsprechende Umdeutungen und Ausdeutungen auch einer gewissen Funktionalität unterliegen und insofern strategischen Wert haben können, da sie Verstetigungen ermöglichen.

Fazit zur akteursbezogenen, konstruktivistischen Perspektive im Präventionsfeld

Im Beitrag zeigten sich bei verschiedenen Akteuren im Präventionsfeld unterschiedliche und z.T. widersprüchliche präventive Logiken, die u.a. normativ und funktional geleitet scheinen und auf verschiedenen Ebenen auf den Konstruktionscharakter "pädagogischer Prävention" verweisen. Grade in dem

Nebeneinander der Akteure wurden die Konstruktionsunterschiede und Umdeutungsprozesse der verschiedenen Beteiligten sichtbar, wobei sich vereinzelt auch Konkurrenzen um Deutungsmuster und Aushandlungsprozesse zwischen verschiedenen Akteursgruppen zeigen. Zugleich stellt diese akteurszentrierte und konstruktivistische Annäherung an die unterschiedliche Bearbeitung von sozialen Problemen wie Rechtsextremismus und Islamismus nur einen ersten Schritt zur empirisch gesättigten Differenzierung dar. Spannend wäre zukünftig auch die Rekonstruktion von gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen, die die Definitionsmöglichkeiten zu dringlichen Präventionsgegenständen, präventionsbedürftigen Zielgruppen und adäquaten Bearbeitungsformen der Akteure ermöglichen, aber auch begrenzen (Groenemeyer, 2001). Gerade in kultur- und gesellschaftsvergleichenden Betrachtungen von Problem- und Präventionsverständnissen liegen wichtige ergänzende Differenzierungsmöglichkeiten. So kann beispielsweise die Kontroverse um den Stellenwert von Religion als Präventionsressource ein erster Aufhänger sein oder die Etablierung der politischen Bildung in Deutschland im Zuge der Re-Education nach 1945, um komparativ die Bearbeitungspraxen im europäischen und außereuropäischen Raum zu spezifizieren. Gegenstand unseres Beitrags war ein Arbeitsfeld, dessen Mittel zur Problembearbeitung pädagogischer Natur sind und entsprechenden inneren Logiken folgt. Sie wählen *einen,* eben pädagogischen, nicht repressiven Weg der Auseinandersetzung. Eine gewisse Gefahr besteht dabei grundsätzlich darin, eine Pädagogisierung von sozialen Problemen zu befördern und Erwartungshorizonte von projektgebundenen Präventionsangeboten ins unrealistische zu übersteigern. Prävention bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und braucht institutionell abgesichert, langfristige Strukturen. Durch die hier beschriebenen Modellprojekte in den Handlungsfeldern Rechtsextremismus und Islamismus kann ein Beitrag geleistet werden, durch Konstruktions- und kommunikative Aushandlungsprozesse verstärkt pädagogisches Spezialwissen zu entwickeln und die pädagogische Sphäre mit seinen unterschiedlichen Akteuren weiter zu professionalisieren. Hierzu gehört jedoch u.E. auch, sich im alltäglichen präventiven Tun des Konstruktionscharakters sozialer Probleme bewusst zu sein und die eigenen Konstruktionsbeiträge zu reflektieren, die (mitunter unfreiwillig) gerade dadurch geleistet werden, dass man als professionelle Problembearbeitungsinstanz auftritt. Dies geschieht in der Praxis noch zu selten, vermutlich auch, weil sich das Paradox ergibt, dass eigene Arbeitslegitimationen bei allzu kritischer Reflektion leicht ins Wanken geraten können.

Endnoten

1. Wir gehen hier davon aus, dass sich die beiden Handlungsfelder hinsichtlich des Konstruktionscharakters der zu bearbeitenden sozialen Probleme ähneln. Im Rahmen des Beitrages werden v.a. die diesbezüglichen Gemeinsamkeiten betont. Gleichwohl bestehen auch bedeutende Unterschiede zwischen Phänomenen und Umgangsformen. Für eine ausführlichere Darstellung vgl. Glaser (2016).
2. Auch die Bezeichnung des Problems erfuhr in den letzten Jahren wesentliche Veränderungen. Während zunächst im Programm "INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN" von "islamistischem Extremismus" seitens der Programmgeber gesprochen wurde, griffen diese im aktuellen Programm "Demokratie leben!" die Kritikpunkte an den schillernden Begriffen "Islamismus" und "Extremismus" auf und konkretisierten die je problematischen Gehalte. Das ist insofern wichtig, als dass nun insbesondere abwertende, demokratiefeindliche und gewaltorientierte Einstellungen und Handlungen im islamistischen Einstellungsspektrum als bearbeitungsbedürftig herausgestellt wurden. Wir erachten diese Präzisierung als sinnvoll, werden aber für die Lesefreundlichkeit lediglich von Islamismus sprechen.
3. Im Rahmen des aktuellen Bundesprogramms "Demokratie leben!" werden beide Phänomene über den Modellprojektbereich hinaus auch in lokalen, landesweiten und bundesweiten Strukturen bearbeitet. Modellprojekte haben jedoch in der übergreifenden, integrierten Bearbeitungsstrategie eine spezifische Anforderung: Sie sollen modelhafte Bearbeitungsstrategie *erproben* und damit die bestehende Kinder- und Jugendhilfe weiterentwickeln.

4. Es gehört zu den Eigentümlichkeiten präventiver Logik, dass gerade weil im Vorfeld zu unerwünschten Ausprägungen gearbeitet wird, tendenziell Haltungen und Verhaltensweisen präventiv problematisiert werden, die isoliert betrachtet (noch) nicht problematisch sind. Sie erscheinen in präventiver Logik aber als problematisch, weil sie als mögliche Vor-Ausprägungen begriffen werden. Die "Präventionsbrille" weitet gewissermaßen den Blick vom Problemkern hin zu den Grenz- und Graubereichen und - gewendet auf die in diesem Beitrag betrachteten Phänomene - werden bestimmte Haltungen (z.B. konservative Auslegungen des Islam oder gruppenbezogene negative Vorurteile), die eigentlich durch Grundrechte wie Religionsfreiheit und Meinungsfreiheit gedeckt sind, tendenziell problematisiert und delegitimiert. Das Mandat individuelle Freiheitsrechte einzuschränken leitet sich dabei ab vom Konzept der wehrhaften Demokratie. Letztlich geht es hier um die Verteidigung einer gewünschten Gesellschaftsform, der individuelle Rechte untergeordnet werden.
5. Insbesondere innerhalb der symbolischen Kommunikation in der politischen Sphäre lässt sich eine Entfesselung des Präventionsoptimismus und übertriebener Wirkungserwartung beobachten. So wird in der Rhetorik des Programms und der Aufstockungsbegründungen nahegelegt, dass die pädagogischen Maßnahmen gegen rechtsextremistischen Terror wie NSU und gegen islamistisch motivierte Syrienausreisende helfen kann. Fragen der pädagogischen Machbarkeit werden hier hinten angestellt. Auch die Modellprojekte beteiligen sich am optimistischen Wirkungsdiskurs und bedienen sich häufig einer präventiven Wirkungsrhetorik. Die Kehrseite dieser optimistischen Präventionsversprechen liegen in der Überforderung der Projekte aufgrund von eigenständigem Legitimationsdruck: Insbesondere wenn in Einzelfällen sich trotz der Präventionsangebote Heranwachsende (weiter) radikalisieren. In diesen Fällen stehen das gesamte präventive Unterfangen und der pädagogische Ansatz schnell zur Disposition.
6. Förderprogramme wie diese sind das Resultat erfolgreicher öffentlicher und politischer Problematisierung. Basierend auf einem akzeptierten Korridor, was in Politik und Öffentlichkeit als problematisch und veränderbar erachtet wird, stecken politische Programmverantwortliche den Rahmen für umzusetzende Bearbeitungsangebote und -formen ab (Groenemeyer, 2010, S. 13). Die Politik beauftragt mittels unterschiedlicher Bundesprogramme professionelle pädagogische Problemarbeiter, um sich pädagogisch (auf je unterschiedliche Weise) mit den Phänomenen Rechtsextremismus und Islamismus auseinanderzusetzen.
7. Darüber hinaus finden im doing social problems weitere Aushandlungsprozesse v.a. um das Wie von Prävention statt. Leitende Fragen sind hier, welche pädagogischen Vorgehensweisen geeignet sind und welche (sozial-)pädagogischen Prinzipien für die Präventionsarbeit gelten sollen oder müssen. Beispielsweise entwickelt sich im Handlungsfeld Islamismusprävention aktuell eine Kontroverse um den Stellenwert von religiöser Bildung in der Präventionsarbeit (Schau 2016). Durch die verstärkte Einbindung von islamischen Trägern in die programmgebundene Präventionsarbeit wird auch eine religiös konnotierte Präventionsstrategie erprobt, die als Wirkungsmechanismus teilweise auf religiöse Autoritäten und auch theologische Gegennarrative als Präventionsmittel setzt. Umstritten ist unter den (unterschiedlichen) pädagogischen Akteuren, inwiefern in diesem Kontext auch die Prinzipien der politischen Bildung (Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und Lebensweltorientierung) gelten müssen.
8. Letztlich drückt sich hier eine Perspektive auf das Phänomen aus, die Jugendliche nicht primär als (mögliche) Problemträger versteht, sondern mögliche Ursachen in den Blick nimmt und insbesondere subjektiv als defizitär wahrgenommene Lebensrealitäten als zentrale Triebfeder für die individuelle Ausprägung des Phänomens verantwortlich macht. Diese Sichtweise findet sich häufig unter den Trägern im Arbeitsfeld. Im Handlungsfeld Rechtsextremismusprävention lässt sich ein solcher verstehender Zugang ungleich seltener ausmachen (vgl. Greuel & König, 2016).
9. In der Bewilligungsphase reichten überhaupt nur drei Träger Interessenbekundungen ein, in allen anderen Themenbereichen waren dies deutlich mehr.
10. Im Bereich der Gesundheitsprävention beschrieb Robert S. Gordon im Jahr 1983 (Gordon, 1983) ein zielgruppenbezogenes Kategorisierungsmodell von Prävention, das sich von den bis dahin gängigen Klassifizierungen absetzt, die nach Interventionszeitpunkten unterschieden (Caplan, 1964).

11. Ggf. ist in dieser Ausweitung des Präventionsspektrums in den Bereich der universellen Prävention auch eine stigmatisierungsreduzierende Strategie der Projekte zu sehen. Getragen ist dies von der Hoffnung, ohne eingeengte Gefährdungsannahmen auch im pädagogischen Prozess nicht zu stigmatisieren.
12. In diesen schulischen Kontexten werden vielfach auch die mediale Aufmerksamkeit um das Thema islamistische Radikalisierungsprozesse reproduziert, was eine vermehrte Inanspruchnahme der pädagogischen Bearbeitungsakteure zur Folge hat (vgl. Groenemeyer, 2010, S. 29).

Literatur

BMFSFJ (2016). Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen und Leistungen zur Förderung der Kinder- und Jugendhilfe durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP). Verfügbar unter: https://www.bmfsfj.de/blob/111964/2f7ae557daa0d2d8fe78f8a3f9569f21/richtlinien-kjp-2017-data.pdf [08.09.2017].

BMFSFJ (2014). Leitlinie zur Förderung von Modellprojekten zur Radikalisierungsprävention. Verfügbar unter: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Leitlinien/ba_140910_Leitlinie_E_Modellprojekt [03.01.2017].

Böllert, K. (1995). Zwischen Intervention und Prävention: Eine andere Funktionsbestimmung Sozialer Arbeit. Neuwied, Kriftel, Berlin: Luchterhand.

Caplan, G. (1964). Principles of Preventive Psychiatry. New York: Basis books.

Dreier, L., Erhard, F. & Leistner, A (2015). "Linksextremismus" zwischen Akklamation, Transkription und Dekonstruktion. Eine Typologie pädagogischer Problemaneignung. Soziale Probleme. Zeitschrift für soziale Probleme und soziale Kontrolle, 26 (1), 67-68.

Glaser, M. (2016). Was ist übertragbar, was ist spezifisch? Rechtsextremismus und islamistischer Extremismus im Jugendalter und Schlussfolgerungen für die pädagogische Arbeit. Verfügbar unter: http://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/239365/rechtsextremismus-und-islamistischer-ext [04.01.2017].

Gordon, R. S. (1983). An Operational Classification of Disease Prevention. Public Health Report, 98 (2), 107-109.

Greuel, F. & König, F. (2016). Prävention(spolitik): "Für" oder "gegen" Jugendliche? Pädagogik im Politikfeld "Bekämpfung und Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit" und der Eigensinn der Jugendphase. In J. Luedtke & Ch. Wiezorek (Hrsg.), Jugendpolitiken. Wie geht Gesellschaft mit ihrer Jugend um? (S. 70-90). Weinheim, Basel: Beltz Juventa.

Groenemeyer, A. (2001). Soziologische Konstruktionen sozialer Probleme und gesellschaftliche Herausforderungen. Eine Einführung. Soziale Probleme. Zeitschrift für soziale Probleme und soziale Kontrolle, 12 (1), 5-27.

Groenemeyer, A. (2010). Doing Social Problems - Doing Social Control. Mikroanalysen der Konstruktion sozialer Probleme in institutionellen Kontexten - Ein Forschungsprogramm. In A. Groenemeyer (Hrsg.), Doing social problems (S. 13-56). Wiesbaden: Springer VS.

Heitmeyer, W. (2002). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände - Folge 1 (S. 15-34). Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Lüders, C. (2011). Prävention. In J. Kade, W. Helsper, Ch. Lüders, B. Egloff, F.-O. Radtke & W. Thole (Hrsg.), Pädagogisches Wissen (S. 44-50). Erziehungswissenschaft in Grundbegriffen. Stuttgart: Kohlhammer Verlag.

Möller, K. & Schuhmacher, N. (2014). Soziale und pädagogische Arbeit mit rechtsextrem affinen Jugendlichen. Akteure, Projekte, Ansätze und Handlungsfelder. Verfügbar unter: https://www.migration-online.de/data/bik_netz_pdagogische_arbeit_mit_rechten_jugendlichen_1.pdf [04.01.2017].

Schau, K. (2016). Chance oder Zumutung. Islamische Organisationen in der Islamismusprävention, unveröffentlichtes Manuskript.

Schetsche, M. (2008). Empirische Analyse sozialer Probleme. Das wissenssoziologische Programm. Wiesbaden: Springer VS.

Seckinger, M. (2010). Prävention statt Erziehung? Dialog Erziehungshilfen, 4-2010, 32-40.

Autor*innen

Dr. Frank Greuel
greuel@bitte-keinen-spam-dji.de
Dipl. Päd., ist aktuell an der Evaluation des Bundesprogramms "Demokratie stärken!" am Deutschen Jugendinstitut beteiligt. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören die wissenschaftliche Begleitforschung zur pädagogischen Prävention von Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Normativität und Ethik in der Pädagogik sowie die politische Sozialisation von jungen Menschen.

Katja Schau
schau@bitte-keinen-spam-dji.de
M.A. Soz., ist aktuell in der Evaluation des Bundesprogramms "Demokratie stärken!" am Deutschen Jugendinstitut tätig. Ihre Arbeitsfelder sind die wissenschaftliche Begleitung von Modellprojekten im Handlungsfeld "demokratiefeindlicher und gewaltorientierter Islamismus" und "Islamfeindlichkeit", Normativität in der pädagogischen Prävention und Herausforderungen der präventiven, diversitätsbewussten Bildung.